



Und wieder grassiert Terror

Genug ist genug

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Spätestens nach den jüngsten Attentaten in Frankreich und Österreich muss die Schweiz, ja Europa sich mit allen Mitteln gegen diese islamistischen Attentäter und ihre potenziellen Nachahmer zur Wehr setzen. Denn auch der Täter von Wien war – wie fast die meisten islamischen Attentäter – ein angeblich gut integrierter, allerdings aber bereits einschlägig vorbestrafter junger Ausländer (offiziell: Ein «österreichischer Doppelbürger mit nordmazedonischen Wurzeln»).

Und wir wissen es alle: Solche Leute können wir europaweit mit dem geltenden Recht nicht ausschaffen. Auch wenn ein solcher Täter sogar bereits einen Anschlag verübt und seine Strafe abgesessen hat, ist seine Abschiebung in sein Heimatland nicht möglich, falls er dort angeblich bedroht wäre oder allenfalls eine weit unangenehmere Gefängnisstrafe als bei uns auf ihn warten würde.

«Recht» schützt Unrecht

Im Klartext: Wir können Gefährder, die willens und in der Lage sind, bei uns durch ein Attentat mehrere Dutzend Menschen umzubringen, schlicht und einfach nicht ausweisen, weil sie in ihrer Heimat «gefährdet» sind. Ja wir können sie nicht einmal für längere Zeit einbuchen ...

Der Nationalrat hat sich zwar mit der Problematik beschäftigt, sieht aber keinen sehr grossen Handlungsspielraum. Nur wenn therapeutische oder integrative Massnahmen nicht anschlagen, soll das Bundesamt für Polizei (Fedpol) gegen Gefährder eine Melde- oder Gesprächsteilnahmepflicht, Kontaktverbote, Rayonverbote, Hausarrest oder Ausreiseverbote verhängen dürfen.

Diese präventiven Massnahmen sind auf sechs Monate befristet, sie können aber einmalig um maximal sechs Monate verlängert werden. Der Hausarrest kann bis zu drei Monate dauern und darf zweimal um jeweils maximal drei Monate verlängert werden. Der Hausarrest ist die einzige Massnahme, die

vorgängig von einem Gericht überprüft werden muss. Bei allen anderen ist nur eine nachträgliche Beschwerde möglich.

Der Nationalrat lehnte leider auch die von der vorberatenden Kommission beantragte Präventivhaft ab. Damit hätten Personen aus dem Verkehr gezogen werden können, die zu Gewalt und Terror aufrufen, Terror finanzieren oder diesen unterstützen. Links-grün und auch die Justizministerin Karin Keller-Sutter monierten, dass sich die Präventivhaft nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verträge.

Die Schutz-Verhinderer

Und natürlich haben sich die Linken und die grün lackierten Linken (also die Schutz-Verhinderer Grüne und GLP) sogar gegen die milden Massnahmen wie Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht ausgesprochen.

Nun kommt aber der Witz: Gefährder sollen das Haus, in dem sie wohnen, für Erwerbs- und Bildungszwecke, zur Ausübung der Glaubensfreiheit oder wegen familiärer Verpflichtungen verlassen dürfen. Wie uns die jüngsten Anschläge zeigen, reichen auch nur wenige Minuten, um fürchterliches Leid anzurichten.

Wenn uns also die EMRK schon verbietet, Gefährder in Präventivhaft zu nehmen, geschweige diese in ihre Heimatländer abzuschicken – ja dann müssen wir dieser unsinnigen Regelung – und zwar europaweit – ein für alle Mal den Riegel zu schieben. Im Grundsatz bleiben uns nur zwei Möglichkeiten:

Erstens die Kündigung der EMRK und allfälliger weiterer Vereinbarungen – mit anschliessend erneuter Unterzeichnung mit dem Vorbehalt betreffend Präventivhaft und für Rückschaffung von Straftätern in deren Heimatländer.

Zweitens sollten wir uns zusammen mit den anderen europäischen Staaten ein grosses Stück Land beschaffen, vorzugsweise in einem afrikanischen oder arabischen Land, und dort ein festes Gefängniscamp errichten, wo Gefährder untergebracht werden können.

Griffige Massnahmen

Tönt dies unverhältnismässig? Vielleicht auf den ersten Blick – aber wenn man das unsägliche Leid, die enorme Angst in der Bevölkerung, die Folgen für unser Zusammenleben und auch die extremen Kosten für Inhaftierung, Überwachung, Therapien und Prävention nach den bereits durchgeführten Anschlägen betrachtet, muss diese Massnahme in Erwägung gezogen werden.

Und dann muss der Islam in engste Schranken gewiesen werden, Religionsfreiheit ja – aber nicht mehr zu Lasten unserer Freiheit, unserer Schulen, unserer Kultur und unserer Gepflogenheiten. Keinen Fussbreit dürfen wir den Auswüchsen und Forderungen der Muslime mehr gewähren. Jetzt ist Schluss – wir haben die verdammte Pflicht, unser Land gegen die stetig zunehmende Islamisierung zu verteidigen! Moscheen sind zu überwachen – Predigten sind nur noch in unseren Landessprachen zuzulassen.

Europa hätte es längst tun sollen – die Folgen der Untätigkeit sehen wir in vielen Stadtteilen praktisch aller grossen Städte Europas. Wir Schweizer haben also die Möglichkeit, uns zu informieren – mit offenen Augen zu sehen, was im Ausland abgeht und wie breit sich diese Religion dort macht und was für Parallelgesellschaften entstehen.

Genug ist genug – wir wollen nicht in ständiger Angst vor Anschlägen leben müssen. Wir wollen unsere Weihnachtsmärkte nicht mehr mit Pollern schützen müssen. Und wir wollen in diesem unserem Land wieder überall in Frieden und Sicherheit zusammenleben können!

Andreas Glarner